

„Lösung gefunden“: Bezirk und Senat berieten über die Kantstraße. Bei den Planungen für Umgestaltungen der Charlottenburger Kantstraße kam es zuletzt zum Streit über ein Konzept der Senatsverkehrsverwaltung (wir berichteten [hier](#) und [hier](#)) Alle Parkplätze im Abschnitt zwischen der Joachimsthaler Straße und der Wilmersdorfer Straße würden demnach zugunsten eines geschützten Radwegs und einer Busspur entfallen. Für den Autoverkehr bliebe nur eine Spur übrig. Bezirks-Verkehrsstadtrat **Oliver Schruoffeneger** (Grüne) äußerte Bedenken und sprach sich besonders gegen die Idee der Senatsverwaltung aus, die Busspur „außerhalb der Spitzenzeiten“ als Lieferzone freizugeben. Das werde „nicht funktionieren“.

Zu einem Ortstermin trafen sich Schruoffeneger und die Berliner Staatssekretärin für Mobilität, **Meike Niedbal**, am vergangenen Montag. Andere Interessierte durften nicht dabei sein. „Wir hatten einen konstruktiven Termin, bei dem eine Lösung gefunden wurde, die in den nächsten Tagen noch ausformuliert werden muss“, sagte der Stadtrat anschließend. Dem Bezirksamt sei es „gelingen, insbesondere auch die Interessen des Liefer- und Ladeverkehrs sinnvoll zu berücksichtigen“. Mehr Einzelheiten werde er demnächst bekannt geben.

Die FDP-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf erinnerte an ihre eigenen Vorschläge zum Umbau der Kantstraße. Dafür war dort am Montag ein Werbewagen mit einem Plakat unterwegs. Der Tagesspiegel hat das FDP-Konzept [schon im Herbst 2020 vorgestellt](#). Das Hauptziel lautet, den Mittelstreifen abzubauen, um Platz für Busspuren, Radwege und Lieferzonen am Fahrbahnrand zu schaffen. Zumindest ein Teil der Parkplätze müsste auch nach den Vorstellungen der Freien Demokraten entfallen. Zum Ausgleich regt die Fraktion eine Tiefgarage unter dem Amtsgerichtsplatz an. In der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) wurden die Forderungen allerdings mehrheitlich abgelehnt.